

Joseph Stiglitz
Der Preis der Ungleichheit

Joseph Stiglitz

Der Preis der Ungleichheit

WIE DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT
UNSERE ZUKUNFT BEDROHT

Aus dem amerikanischen Englisch
von Thorsten Schmidt

Siedler

Die amerikanische Originalausgabe erschien 2012 unter dem Titel
»The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future«
bei W.W. Norton & Company, New York.



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100

Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte Papier EOS
liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

Erste Auflage

Copyright © 2012 by Joseph E. Stiglitz
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2012
by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Rothfoss & Gabler, Hamburg
Lektorat: Andrea Böltken, Berlin
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2012
ISBN 978-3-8275-0019-9

www.siedler-verlag.de

*Für Siobhan und Michael und Edward und Julia,
in der Hoffnung, dass sie eine Welt und ein Land erben werden,
in denen weniger Ungleichheit herrscht.*

Inhalt

Vorwort	9
KAPITEL 1	
Amerikas Ein-Prozent-Problem	29
KAPITEL 2	
Rent-Seeking und die Entstehung sozialer Ungleichheit	61
KAPITEL 3	
Märkte und Ungleichheit	89
KAPITEL 4	
Warum es wichtig ist	127
KAPITEL 5	
Eine Gefahr für die Demokratie	169
KAPITEL 6	
1984 hat begonnen	203
KAPITEL 7	
Gerechtigkeit für alle?	
Wie Ungleichheit den Rechtsstaat untergräbt	251
KAPITEL 8	
Der Kampf um den Staatshaushalt	275
KAPITEL 9	
Eine makroökonomische Politik und eine Zentralbank von dem einen Prozent für das eine Prozent	311
KAPITEL 10	
Eine andere Gesellschaft ist möglich	343
Dank	373
Anmerkungen	379
Register	505

Vorwort

Es gibt Momente in der Geschichte, in denen sich anscheinend überall auf der Welt Menschen erheben, um zu sagen, dass *etwas nicht in Ordnung ist*, und um Veränderungen zu fordern. So geschah es in den turbulenten Jahren 1848 und 1968, die jeweils einen Umbruch und den Beginn einer neuen Ära markierten. Das Jahr 2011 wird sich vielleicht als ein Datum von ähnlicher Tragweite erweisen. Ein Aufstand der Jugend, der in Tunesien, einem kleinen Land in Nordafrika, begann, griff zuerst auf Ägypten und dann auf andere Länder im Nahen Osten über. In einigen Fällen schien der Funke des Protests zumindest zeitweilig gelöscht worden zu sein. In anderen dagegen lösten kleine Akte der Auflehnung gesellschaftliche Umwälzungen aus, die zum Sturz langjähriger Potentaten wie dem Ägypter Hosni Mubarak und dem Libyer Muammar al-Gaddafi führten. Schon bald hatten die Menschen in Spanien und Griechenland, in Großbritannien und den Vereinigten Staaten sowie in anderen Ländern der Welt ihre eigenen Gründe, auf die Straße zu gehen. Das ganze Jahr 2011 hindurch nahm ich bereitwillig Einladungen nach Ägypten, Spanien und Tunesien an; in Madrid traf ich im Parque del Buen Retiro, in New York im Zuccotti Park mit Demonstranten zusammen, und in Kairo unterhielt ich mich mit jungen Männern und Frauen, die auf dem Tahrir-Platz protestiert hatten.

Im Verlauf dieser Gespräche wurde mir klar, dass sich zwar die konkreten Missstände von Land zu Land unterschieden und insbesondere die politischen Kritikpunkte im Nahen Osten ganz andere waren als im Westen, dass es aber durchaus auch gemeinsame Themen gab. Einigkeit bestand darin, dass das wirtschaftliche und das politische System in vielerlei Hinsicht versagt hat und dass beide von Grund auf ungerecht sind.

Die Protestierenden haben Recht: Etwas läuft schief. Die Kluft zwischen dem, was unsere ökonomischen und politischen Systeme leisten

sollen – und angeblich leisten –, und dem, was sie tatsächlich leisten, ist so groß geworden, dass man sie nicht mehr ignorieren kann. Überall auf der Welt versäumten Regierungen es, sich mit ökonomischen Schlüsselfragen zu beschäftigen, etwa jener der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit; und in dem Maße, in dem universelle Werte wie Gerechtigkeit, trotz gegenteiliger Beteuerungen, der Gier einiger weniger geopfert wurden, fühlten sich die Menschen nicht mehr nur unfair behandelt, sondern betrogen.

Dass sich die junge Generation gegen die Diktaturen in Tunesien und Ägypten erhob, war verständlich. Die Jugend hatte genug von alten, verknöcherten Führern, die auf Kosten der übrigen Gesellschaft ihre persönlichen Interessen schützten, und keine Möglichkeit, im Rahmen demokratischer Prozesse Veränderungen einzufordern. Aber auch in westlichen Demokratien hatten sich Wahlversprechen als heiße Luft erwiesen. US-Präsident Barack Obama hatte »glaubwürdigen Wandel« angekündigt, betreibt aber nach seiner Wahl eine Wirtschaftspolitik, die vielen Amerikanern eher wie eine Fortsetzung des Altbekanntes vorkommt. Und doch gab es in den Vereinigten Staaten und andernorts bei diesen jugendlichen Demonstranten, denen sich ihre Eltern, Großeltern und Lehrer anschlossen, Anzeichen der Hoffnung. Sie waren keine Revolutionäre oder Anarchisten. Sie versuchten nicht, das System zu stürzen. Sie glaubten noch immer, dass der Wahlprozess etwas bewirken *könne*, sofern sich die Regierungen nur daran erinnerten, dass sie dem Volk zur Rechenschaft verpflichtet sind. Die Demonstranten gingen auf die Straße, um das System zu Veränderungen zu drängen. Die jungen spanischen Protestierer nannten ihre Bewegung, die am 15. Mai aus der Taufe gehoben wurde, »los indignados«, die Empörten oder Aufgebrachten. Sie waren empört darüber, dass so viele Menschen so schwer unter den Verfehlungen des Finanzsektors und ihren Folgen zu leiden haben – wie man etwa an einer Jugendarbeitslosigkeit von über vierzig Prozent seit Beginn der Krise im Jahr 2008 ablesen kann. In den Vereinigten Staaten schlug die Occupy-Wall-Street-Bewegung in dieselbe Kerbe. Eine Situation, in der so viele Amerikaner ihre Häuser und ihre Arbeitsplätze verloren, während die Banker stattliche Boni kassierten, ist von schreiender Ungerechtigkeit.

In den Vereinigten Staaten gingen die Proteste jedoch schon bald über die Wall Street hinaus und nahmen die allgemeine Ungleichheit in

der amerikanischen Gesellschaft aufs Korn. Die Rede war von den »99 Prozent«. Die Demonstranten, die dieses Schlagwort verwendeten, spielten damit auf den Titel eines Aufsatzes an, den ich für das Magazin *Vanity Fair* geschrieben hatte: »Von dem 1 % durch das 1 % für das 1 %«. ¹ Darin hatte ich die enorme Zunahme an Ungleichheit in den Vereinigten Staaten und ein politisches System thematisiert, das den Reichsten unverhältnismäßig große Mitspracherechte einzuräumen scheint. ²

Drei Tatbestände wurden weltweit diskutiert: die Tatsache, dass Märkte nicht so funktionieren, wie sie sollen, da sie offensichtlich weder effizient noch stabil sind; ³ die Tatsache, dass das politische System das Marktversagen nicht korrigiert hatte; die Tatsache, dass die Wirtschafts- und politischen Systeme von Grund auf unfair sind. In diesem Buch konzentriere ich mich auf das unvertretbar hohe Maß an Ungleichheit, das die Vereinigten Staaten und einige andere fortgeschrittene Industrieländer kennzeichnet, und erläutere dabei, inwiefern die genannten drei Tatbestände eng miteinander verflochten sind: Die Ungleichheit ist Ursache und Folge des Versagens des politischen Systems; sie trägt zur Instabilität unseres Wirtschaftssystems bei, die ihrerseits dazu beiträgt, dass die Ungleichheit zunimmt – ein Teufelskreis, in den wir geraten sind und aus dem wir nur durch konzertierte politische Maßnahmen, die ich nachfolgend schildere, wieder ausbrechen können. Bevor wir uns der Ungleichheit zuwenden, möchte ich jedoch den Rahmen abstecken und das allgemeine Versagen unseres Wirtschaftssystems skizzieren.

Das Versagen der Märkte

Die Märkte haben eindeutig nicht in der Weise funktioniert, wie es ihre Anhänger behaupten. Märkte sind angeblich stabil, aber die globale Finanzkrise zeigt, dass sie sehr instabil sein können, und zwar mit verheerenden Folgen. Die Banken sind Wetten eingegangen, die, ohne staatliche Hilfe, nicht nur sie selbst, sondern die ganze Volkswirtschaft in den Abgrund gerissen hätten. Doch bei genauerer Betrachtung des *Systems* zeigte sich, dass dies kein Zufall war; die Banken hatten Anreize, sich so zu verhalten. Die Stärke des Marktes soll seine Effizienz sein. Aber der Markt ist ganz offensichtlich *nicht* effizient. Das wesentlichste ökonomi-

sche Gesetz – das gelten muss, wenn eine Volkswirtschaft effizient sein soll – lautet, dass Nachfrage und Angebot ausgeglichen sind. Wir leben jedoch in einer Welt, in der es eine Unmenge an unerledigten Erfordernissen gibt: Investitionen, um die Mittellosen aus der Armut herauszuholen, um die Entwicklung in den weniger entwickelten Ländern in Afrika und auf anderen Kontinenten zu fördern, um die Weltwirtschaft so umzubauen, dass sie den Herausforderungen der globalen Erwärmung gewachsen ist. Gleichzeitig liegen Ressourcen in gewaltigem Umfang brach: Arbeiter und Maschinen, die nicht genutzt werden oder nicht ausgelastet sind. Arbeitslosigkeit – die Unfähigkeit des Marktes, Arbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden bereitzustellen – ist das schlimmste Marktversagen, die größte Quelle von Ineffizienz und eine Hauptursache von Ungleichheit.

Im März 2012 befanden sich rund 24 Millionen US-Amerikaner auf der Suche nach einer Vollzeitstelle.⁴

In den Vereinigten Staaten werfen wir Millionen von Menschen aus ihren Eigenheimen. Wir haben auf der einen Seite Leerstand und auf der anderen Obdachlose.

Aber selbst vor der Krise hielt die amerikanische Wirtschaft nicht, was sie versprochen hatte: Obwohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs, mussten *die meisten Bürger eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen*. Wie in Kapitel 1 deutlich wird, waren die Einkommen der meisten amerikanischen Familien schon vor Beginn der Rezession inflationsbereinigt niedriger als zehn Jahre zuvor. Amerika hatte eine fabelhafte Wirtschaftsmaschine erschaffen, die jedoch offensichtlich nur für diejenigen funktioniert, die sich an der Spitze der Einkommenspyramide befinden.

Es geht um viel

Dieses Buch handelt von der Frage, weshalb das amerikanische Wirtschaftssystem aus Sicht der meisten Amerikaner versagt, warum die Ungleichheit so stark zunimmt und welche Folgen dies hat. Dabei gehe ich von der These aus, dass wir US-Bürger einen hohen Preis für unsere Ungleichheit zahlen – durch ein Wirtschaftssystem, das weniger stabil, effizient und wachstumsfähig ist, als es sein könnte, und durch Bedro-

hungen für unsere Demokratie. Aber es steht sogar noch mehr auf dem Spiel: Da sich unser Wirtschaftssystem nach Ansicht der meisten Bürger offenbar nicht bewährt und unser politisches System von Finanzinteressen beherrscht zu sein scheint, wird das Vertrauen in unsere Demokratie und in unsere Marktwirtschaft zusammen mit unserem globalen Einfluss schwinden. In dem Maße, wie uns bewusst wird, dass wir kein Land der unbegrenzten Möglichkeiten mehr sind und dass sogar unsere vielgepriesene rechtsstaatliche Ordnung und das Justizsystem in Misskredit geraten sind, scheint sogar unser nationales Identitätsgefühl in Gefahr zu sein. In einigen Ländern ist die Occupy-Wall-Street-Bewegung eng mit der Bewegung der Globalisierungsgegner verbunden. Sie haben eine Reihe von Gemeinsamkeiten: Sie teilen die Überzeugung, dass etwas im Argen liegt, aber auch die, dass Veränderung möglich ist. Das Problem ist jedoch nicht die Globalisierung an sich, sondern vielmehr die Tatsache, dass die Regierungen sie schlecht und einseitig gestalten, indem sie vor allem Sonderinteressen davon profitieren lassen. Die enge und weltweite Verflechtung von Völkern, Ländern und Volkswirtschaften ist eine Entwicklung, die genauso effektiv zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes wie zur Verbreitung von Gier und Elend genutzt werden kann. Das Gleiche gilt für die Marktwirtschaft: Die Märkte verfügen über enorme Macht, aber nicht per se über Moral. Wir müssen entscheiden, wie wir sie nutzen und steuern wollen. Die Märkte waren wesentlich an den erstaunlichen Produktivitäts- und Lebensstandardsteigerungen der letzten zweihundert Jahre beteiligt – Verbesserungen, die weit über das hinausgehen, was in den zweitausend Jahren zuvor erreicht wurde. Doch der Staat hat bei diesen Fortschritten ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt, was Anhänger der freien Marktwirtschaft gern übersehen. Märkte können auch Vermögen konzentrieren, Umweltkosten auf die Allgemeinheit abwälzen und Arbeitnehmer und Verbraucher ausbeuten beziehungsweise übervorteilen. Aus all diesen Gründen ist klar, dass Märkte gezähmt und gezügelt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie dem Gemeinwohl – dem Nutzen der meisten Bürger – dienen. Und diese Bändigung muss immer wieder aufs Neue erfolgen, damit die Bindung an das Gemeinwohl langfristig gewährleistet wird. In den Vereinigten Staaten geschah dies erstmals in der sogenannten Progressive Era von 1890 bis in die zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts mit der Verabschiedung der Wettbewerbsgesetze. Und es geschah während

des sogenannten New Deal, als die staatliche Rentenversicherung, Reformen im Arbeits- und Sozialrecht und Mindestlohngesetze eingeführt wurden. Die Botschaft der Occupy-Wall-Street-Bewegung und vieler anderer Demonstranten weltweit lautet, dass die Märkte wieder einmal gezähmt und gezügelt werden müssen. Dies nicht zu tun, hätte gravierende Folgen: In einer Demokratie, die diesen Namen verdient und in der die Stimmen der gewöhnlichen Bürger gehört werden, können wir kein offenes und globalisiertes Marktsystem aufrechterhalten, zumindest nicht in der Form, in der wir es kennen, wenn dieses System den Bürgern Jahr für Jahr Einbußen beschert. Die eine oder die andere Seite wird nachgeben müssen – entweder unsere Politik oder unsere Wirtschaft.

Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Selbst wenn Märkte stabil sind, führen sie, überlässt man sie sich selbst, oftmals zu einem hohen Maß an Ungleichheit, also zu Ergebnissen, die weithin als ungerecht angesehen werden. Laut jüngsten Erkenntnissen der wirtschaftswissenschaftlichen und psychologischen Forschung (die in Kapitel 6 erörtert werden) messen Menschen der Gerechtigkeit eine hohe Bedeutung bei. Der Eindruck, dass die wirtschaftlichen und politischen Systeme ungerecht seien, hat die weltweiten Proteste mehr als alles andere befeuert. In Tunesien und Ägypten sowie anderswo im Nahen Osten sind Arbeitsplätze nicht nur grundsätzlich Mangelware, hinzukommt, dass die wenigen offenen Stellen, die es gibt, an diejenigen vergeben werden, die über Beziehungen verfügen. In den Vereinigten Staaten und Europa scheint es gerechter zuzugehen, aber das ist nur bei oberflächlicher Betrachtung der Fall. Wer die besten Hochschulen mit den besten Noten absolviert, hat auch bessere Chancen auf eine gute Stelle. Aber das System ist unfair, weil wohlhabende Eltern ihre Kinder auf die besten Kindergärten, Grundschulen und Highschools schicken und diese Schüler viel bessere Chancen haben, von einer Elite-Universität angenommen zu werden. Die Amerikaner erkannten, dass die Occupy-Wall-Street-Demonstranten von *ihren* Werten sprachen, und aus diesem Grund sagten zwei Drittel der Amerikaner, sie befürworteten den Protest, auch wenn die Zahl der Demonstranten vergleichsweise klein war. Falls es den geringsten Zweifel an dieser Unterstützung gege-

ben haben sollte, wurde dieser dadurch ausgeräumt, dass die Demonstranten innerhalb kürzester Zeit 300 000 Unterschriften sammeln konnten, um die Proteste fortzuführen, als der New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg drohte, das Camp im Zuccotti Park unweit der Wall Street räumen zu lassen.⁵ Und Rückendeckung kam nicht nur von den Mittellosen und Unzufriedenen. Auch wenn die Polizei gegenüber den Protestierern in Oakland mit unverhältnismäßiger Gewalt vorgegangen sein mochte – und die 30 000, die sich am Tag nach der gewaltsamen Räumung des Lagers den Protesten anschlossen, schienen ebenfalls dieser Meinung zu sein –, brachten einige Polizisten bemerkenswerterweise ihre Unterstützung für die Demonstranten zum Ausdruck. Die Finanzkrise machte vielen Menschen bewusst, dass unser Wirtschaftssystem nicht nur ineffizient und instabil ist, sondern auch von Grund auf ungerecht. Tatsächlich war laut einer jüngsten Meinungsumfrage im Anschluss an die Krise (und die Reaktion der Regierungen Bush und Obama) fast die Hälfte der Befragten dieser Ansicht.⁶ Zu Recht empfand man es als äußerst ungerecht, dass viele im Finanzsektor (die ich, als Kürzel, oftmals einfach als »die Banker« bezeichnen werde) überhöhte Boni kassierten, während diejenigen, die unter den Folgen der durch diese Banker verursachten Krise litten und leiden, ihren Arbeitsplatz los sind; oder dass der Staat die Banken rettete, aber nur widerwillig die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für diejenigen verlängerte, die ohne eigenes Verschulden trotz mehrmonatiger Suche keine Stelle finden konnten;⁷ oder dass der Staat den Millionen von Eigenheimbesitzern, die ihre Häuser verloren, nur symbolische Hilfe anbot. Inmitten der Krise wurde deutlich, dass die relative Höhe des Gehalts sich *nicht* nach dem Beitrag des Erwerbstätigen zum gesamtgesellschaftlichen Wohl richtet, sondern nach etwas anderem, denn Banker erhielten üppige Boni, obwohl ihr Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit – oder auch nur zu dem Wohl ihrer Firmen – *negativ* ausgefallen war. Der Reichtum der Eliten und der Banker scheint sich ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Bereitschaft, andere auszunutzen, zu verdanken. Ein Aspekt der Gerechtigkeit, der tief im amerikanischen Wertesystem verwurzelt ist, betrifft die Chance, etwas aus sich zu machen. Die USA sahen sich selbst von jeher als ein Land der *Chancengleichheit*. Geschichten vom »Amerikanischen Traum« über Menschen, die es von ganz unten bis an die Spitze schafften, machen den Mythos Amerika mit aus. Aber wie ich in Kapitel 1

zeigen werde, scheint der amerikanische Traum vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten immer mehr genau das zu sein: ein Traum, ein Mythos, getragen von Anekdoten und Geschichten, aber nicht von empirischen Daten. Die Chancen eines amerikanischen Bürgers, es »vom Tellerwäscher zum Millionär« zu schaffen, sind geringer als die von Bürgern anderer fortgeschrittener Industrieländer. Es gibt einen komplementären Mythos, der besagt, dass derjenige, der es weit nach oben gebracht hat, hart arbeiten muss, um dort zu bleiben; tut er das nicht, erlebt er (oder seine Nachkommenschaft) einen jähen sozialen Abstieg. Aber wie ich in Kapitel 1 ausführlich darlegen werde, ist auch dies weitgehend ein Mythos, denn die Kinder der oberen Zehntausend werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ihrerseits der Oberschicht angehören.

In gewisser Weise nahmen die jugendlichen Demonstranten in Amerika und andernorts das, was sie von ihren Eltern und von Politikern gehört haben, für bare Münze – so wie es die amerikanische Jugend vor fünfzig Jahren während der Bürgerrechtsbewegung getan hat. Damals haben sie die Werte *Gleichheit*, *Fairness* und *Gerechtigkeit* als Maßstab zur Beurteilung dessen herangezogen, wie die weiße Bevölkerungsmehrheit mit den Afroamerikanern umging, und sind zu dem Schluss gelangt, dass sie den Anforderungen nicht genügte. Heute benutzen sie die gleichen Werte, um die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Rechtssystems zu beurteilen, und stellen fest, dass das System den Amerikanern aus der Unter- und Mittelschicht nicht gerecht wird – die nicht eine Minderheit, sondern die *Mehrheit* der Amerikaner darstellen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Wenn Präsident Obama und unser Gerichtssystem diejenigen, die unsere Wirtschaft an den Rand des Ruins getrieben haben, eines rechtswidrigen Handelns »schuldig« gesprochen hätten, dann hätte man vielleicht sagen können, dass das System funktioniert. Dann wären immerhin einige zur Rechenschaft gezogen worden. Tatsächlich aber wurden jene, die in dieser Weise hätten verurteilt werden sollen, oftmals gar nicht erst angeklagt, und wenn doch, wurde in der Regel ihre Unschuld festgestellt oder sie wurden jedenfalls nicht verurteilt. Aus der Hedgefonds-Branche wurden einige später wegen Insiderhandels verurteilt, aber das ist ein Nebenkriegsschauplatz, fast ein Ablenkungsmanöver. Die Hedgefonds-Industrie hat die Krise nicht verursacht. Das waren die Banken. Und die Banker sind praktisch alle freigesprochen worden.

Wenn niemand zur Rechenschaft gezogen wird, wenn niemand für die Ereignisse *verantwortlich* gemacht werden kann, dann bedeutet dies, dass das Problem im ökonomischen und politischen System begründet liegt.

Vom gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Klassenkampf

Der Slogan »Wir sind die 99 Prozent« markiert womöglich einen wichtigen Wendepunkt in der Debatte über Ungleichheit in den Vereinigten Staaten. Amerikaner sind immer vor einer Gesellschaftsanalyse unter dem Klassengesichtspunkt zurückgeschreckt; Amerika, so glaubten wir nur allzu gern, sei ein Land der Mittelschicht, und diese Überzeugung schweißt uns zusammen. Es sollte keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Ober- und Unterschicht, zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft geben.⁸ Aber wenn wir unter einer Klassengesellschaft eine Gesellschaft verstehen, in der die sozialen Aufstiegschancen für Menschen aus den unteren Schichten gering sind, dann sind die USA sogar noch stärker nach Klassen strukturiert als das alte Europa, und die Spaltungen und Interessenkonflikte in unserer Gesellschaft sind sogar größer als dort.⁹ Die 99 Prozent halten zwar an der traditionellen Überzeugung »Wir gehören alle zur Mittelschicht« fest, allerdings mit einer geringfügigen Modifikation: Sie erkennen, dass wir eben nicht alle aufsteigen. Die große Mehrheit muss sich mit wenig zufriedengeben, während das obere eine Prozent ein ganz anderes Leben führt. Die »99 Prozent« sind Ausdruck des Versuchs, eine neue Koalition zu schmieden – ein neues nationales Identitätsgefühl zu schaffen, das nicht auf der Fiktion einer allumfassenden Mittelschicht basiert, sondern auf der Realität, dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft in ökonomischer Hinsicht gespalten sind. Über viele Jahre hinweg gab es zwischen der Spitze und dem Rest unserer Gesellschaft eine stillschweigende Übereinkunft, die etwa folgendermaßen lautete: Wir verschaffen euch Arbeitsplätze und Wohlstand, und ihr tastet unsere Boni nicht an. Jeder bekommt einen Anteil, auch wenn unserer größer ist. Doch jetzt ist diese Vereinbarung zwischen den Reichen und den Übrigen, die immer fragil war, hinfällig geworden. Das oberste eine Prozent häuft Reichtümer an, hat dabei aber

den 99 Prozent nichts als existentielle Unsicherheit beschert. Die Mehrheit der Amerikaner hat vom Wirtschaftswachstum schlichtweg nicht profitiert.

Untergräbt unser Marktsystem Grundwerte?

Auch wenn ich mich hier auf Gleichheit und Gerechtigkeit konzentriere, gibt es noch einen weiteren Grundwert, den unser System zu untergraben scheint – den Sinn für *Fairplay*. Ein elementares Wertebewusstsein zum Beispiel hätte bei denjenigen Schuldgefühle auslösen müssen, die an ausbeuterischem Kreditgebern mitwirkten, indem sie Hypothekendarlehen an Mittellose vergaben, ohne deren Bonität ausreichend zu prüfen (so dass diese Kredite von vornherein tickende Zeitbomben waren), oder die »Programme« entwarfen, die zu überhöhten Gebühren für Überziehungen (beziehungsweise nicht fristgerecht gezahlten Kreditraten) führten, die zum Milliardengeschäft wurden. Bemerkenswert ist, bei wie wenigen dies der Fall ist und wie wenige Missstände öffentlich anprangerten. Irgendetwas ist mit unserem Werteempfinden passiert, wenn der Zweck, mehr Geld zu verdienen, die Mittel heiligt, was im Falle der US-Immobilienkrise bedeutete, dass die ärmsten Amerikaner und diejenigen mit dem niedrigsten Bildungsniveau über den Tisch gezogen und ausgebeutet wurden.¹⁰

Ein Großteil dessen, was passiert ist, lässt sich nur mit dem Ausdruck »moralische Verkommenheit« beschreiben. Viele Menschen, die im Finanzsektor und in anderen Branchen arbeiten, haben ihren moralischen Kompass verloren. Wenn sich die Normen einer Gesellschaft so wandeln, dass vielen Menschen ihre moralische Orientierung abhanden kommt, sagt dies etwas Bedeutsames über die Gesellschaft aus. Der Kapitalismus scheint die Menschen, die von ihm verführt wurden, verändert zu haben. Die Klügsten der Klugen, die für die Wall Street arbeiteten, unterschieden sich von den meisten Amerikanern nur darin, dass sie bessere Studienabschlüsse hatten. Ihre Träume, eine lebensrettende Entdeckung zu machen, eine neue Branche aufzubauen oder den Ärmsten der Armen aus ihrer Misere herauszuhelfen, legten sie auf Eis, während sie für oftmals (gemessen an der Zahl der Arbeitsstunden) unglaublich wenig Arbeit unglaublich hohe Gehälter einstrichen. Doch dann pas-

sierte es allzu oft, dass die Träume, die ursprünglich nur auf Eis gelegt worden waren, in Vergessenheit gerieten.¹¹

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass die Liste der Kritikpunkte an Unternehmen (nicht nur an Finanzinstituten) lang ist, und zwar nicht erst seit gestern. So haben Zigarettenhersteller insgeheim das Suchtpotenzial ihrer gefährlichen Produkte erhöht, und während sie die Amerikaner davon zu überzeugen versuchten, dass es für die gesundheitlichen Gefahren ihrer Produkte keine »wissenschaftlichen Beweise« gebe, waren ihre Akten voller Untersuchungsergebnisse, die das Gegenteil belegen. In ähnlicher Weise hat Exxon seine Finanzkraft genutzt, um den Amerikanern einzureden, dass es keine eindeutigen Belege für die globale Erwärmung gebe, obwohl die National Academy of Sciences sich mit allen anderen nationalen Wissenschaftsorganisationen einig ist, dass überzeugende Beweise dafür vorliegen. Und während die Wirtschaft noch unter den Vergehen des Finanzsektors und ihren Folgen litt, offenbarte die Ölpest im Golf von Mexiko nach der Explosion der BP-Förderplattform Deepwater Horizon einen weiteren Aspekt fahrlässigen Unternehmertums: Die mangelnde Sorgfalt beim Bohren hatte die Umwelt und die Arbeitsplätze von Tausenden Menschen gefährdet, die im Golf von Mexiko von Fischfang und Tourismus lebten. Wenn die Märkte ihr Versprechen, den Lebensstandard der meisten Menschen zu heben, eingehalten hätten, dann wären den Unternehmen all ihre Sünden, all die sozialen Ungerechtigkeiten, die Umweltschädigungen und die Ausbeutung der Armen vielleicht verziehen worden. Aber nach Ansicht der jungen *indignados* und der Demonstranten anderswo auf der Welt produziert der Kapitalismus nicht das, was er versprochen hat, sondern das, was er nicht versprochen hat: Ungleichheit, Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit und, *was am wichtigsten ist*, einen Werteverfall bis zu dem Punkt, an dem alles einfach hingenommen wird und niemand mehr verantwortlich ist.

Das Versagen des politischen Systems

Das politische System scheint genauso zu versagen wie das Wirtschaftssystem. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit weltweit – in Spanien fast 50 Prozent und 18 Prozent in den Vereinigten Staaten¹² – erstaunt es vielleicht weniger, dass Proteste ausbrachen, als vielmehr, dass

es so lange dauerte, bis es dazu kam. Die Arbeitslosen, darunter junge Menschen, die fleißig studiert und alles getan hatten, was von ihnen erwartet worden war (»die sich an die Spielregeln hielten«, wie einige Politiker zu sagen pflegen), standen vor einer schwierigen Entscheidung: arbeitslos bleiben oder eine Stelle annehmen, für die sie weit überqualifiziert waren. In vielen Fällen hatten sie nicht einmal eine Wahl: Es gab einfach keine Arbeitsplätze, und zwar schon seit Jahren. Dass die Massenproteste so lange auf sich warten ließen, lässt sich möglicherweise damit erklären, dass im Anschluss an die Krise große Hoffnungen in die Demokratie gesetzt wurden: Die Menschen glaubten daran, dass sich das politische System bewähren würde, indem es jene zur Rechenschaft zog, die die Krise verursacht hatten, und das Wirtschaftssystem rasch wieder in Ordnung brachte. Aber Jahre nach dem Platzen der Blase zeigte sich klar und deutlich, dass unser politisches System dabei versagte, so wie es ihm auch nicht gelungen war, die Krise zu verhüten, die wachsende Ungleichheit einzudämmen, die Unterprivilegierten zu schützen, das unlautere Geschäftsgebaren der Großunternehmen zu verhindern. Erst jetzt gingen die Menschen auf die Straße.

Amerikaner, Europäer und Bürger anderer demokratischer Staaten sind sehr stolz auf ihre demokratischen Institutionen. Aber die Demonstranten zweifeln daran, dass in ihren Ländern *tatsächlich* demokratische Verhältnisse herrschen. Wahre Demokratie umfasst mehr als das Recht, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Die Alternativen müssen echte Alternativen sein. Die Politiker müssen auf ihre Bürger hören. Aber in zunehmendem Maße und insbesondere in den Vereinigten Staaten scheint das politische System immer mehr auf das Prinzip »ein Dollar, eine Stimme« als auf den Grundsatz »eine Person, eine Stimme« hinauszulaufen. Statt das Marktversagen zu korrigieren, verstärkte das politische System dieses noch.

Politiker beklagen in ihren Reden den Niedergang unserer Werte und unserer Gesellschaft und berufen dann Vorstandschefs und andere Topmanager in hohe Regierungsämter, die zu der Zeit, als das System so kläglich versagte, im Finanzsektor das Heft in der Hand hielten. Wir hätten nicht erwarten dürfen, dass die Architekten des Systems, das nicht funktioniert hatte, das System so umbauen würden, dass es den Interessen der Allgemeinheit dient. Sie taten es auch nicht. Das Versagen von Politik und Wirtschaft geht Hand in Hand, und das eine verschlimmert

das andere. Ein politisches System, das den Stimmen der Reichen mehr Gewicht verschafft, bietet hinreichend Gelegenheiten, Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften – und ihre Umsetzung – so zu gestalten, dass sie den Durchschnittsbürger nicht nur nicht vor der Macht der Begüterten schützen, sondern auch die Reichen auf Kosten der übrigen Gesellschaft weiter bereichern.

Damit komme ich zu einer der zentralen Thesen dieses Buches: Auch wenn grundlegende ökonomische Kräfte im Spiel sein mögen – die Politik hat den Markt so gestaltet, dass die Reichen auf Kosten der Übrigen begünstigt werden. Jedes Wirtschaftssystem braucht Regeln und Vorschriften; es muss innerhalb eines rechtlichen Ordnungsrahmens arbeiten. Derartige Rahmen gibt es viele, und jeder hat Folgen für die Einkommens- und Vermögensverteilung sowie für Wachstum, Effizienz und Stabilität. Die Wirtschaftselite hat auf ein Regelwerk gedrängt, von dem sie auf Kosten der Übrigen profitiert, aber dieses Wirtschaftssystem ist weder effizient noch gerecht. Wir werden sehen, wie sich unsere Ungleichheit in jeder wichtigen Entscheidung widerspiegelt, die wir als Nation treffen – von unserem Staatshaushalt bis zu unserer Geldpolitik, ja sogar bis zu unserem Justizsystem –, und ich zeige auch, wie diese Entscheidungen selbst dazu beitragen, die Ungleichheit aufrechtzuerhalten und zu verschärfen.¹³ In einem politischen System, das so empfänglich für die Wünsche der Finanzwelt ist, führt wachsende ökonomische Ungleichheit zu einem zunehmenden politischen Machtgefälle, einer unheilvollen Verschränkung zwischen Politik und Wirtschaft. Und beide zusammen prägen gesellschaftliche Kräfte wie Sitten und Institutionen – und werden ihrerseits von diesen geprägt –, die ihren Teil dazu beisteuern, diese Ungleichheit noch voranzutreiben.

Was die Demonstranten fordern und was sie bewirken

Die Demonstranten haben vielleicht besser als die meisten Politiker begriffen, was vor sich ging. Auf einer Ebene fordern sie sehr wenig: eine Chance, ihre Fähigkeiten einzusetzen, das Recht auf anständige Arbeit zu einem angemessenen Lohn, eine gerechtere Wirtschaft und eine Gesellschaft, die sie mit Würde behandelt. In Europa und den Vereinigten

Staaten geht es ihnen nicht um revolutionäre, sondern um evolutionäre Veränderungen. Doch auf einer anderen Ebene fordern sie sehr viel: eine Demokratie, in der es auf die Menschen, nicht auf das Geld ankommt, und eine Marktwirtschaft, die hält, was sie verspricht. Die beiden Forderungen hängen zusammen: Wie wir gesehen haben, funktionieren zügellose Märkte nicht reibungslos. Damit Märkte so funktionieren, wie sie es sollten, bedarf es einer angemessenen staatlichen Regulierung. Doch dazu brauchen wir eine Demokratie, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist – nicht Sonderinteressen oder nur den Interessen der Oberschicht.

Man hat den Demonstranten vorgeworfen, keinen Plan zu haben, aber diese Kritik geht an dem Kern dessen, worum es bei Protestbewegungen geht, vorbei. Sie sind ein Ausdruck der Frustration, sei es mit dem politischen System, sei es – sofern es sich um Länder handelt, in denen gewählt wird – mit der Art und Weise, wie Wahlergebnisse zustande kommen. Sie schlagen Alarm.

In mancherlei Hinsicht haben die Demonstranten schon eine Menge erreicht: Experten, Behörden und Medien haben ihre Behauptungen bestätigt, dass das Marktsystem versagt habe und das hohe Niveau der Ungleichheit *nicht zu rechtfertigen* sei. Der Slogan »Wir sind die 99 Prozent« ist ins allgemeine Bewusstsein eingedrungen. Niemand kann sicher sein, wohin die Bewegungen führen werden. Doch eines wissen wir: Den öffentlichen Diskurs und das Denken von einfachen Bürgern wie auch Politikern haben diese jungen Demonstranten bereits verändert.

Zum Schluss

In den Wochen nach Ausbruch der Proteste in Tunesien und Ägypten schrieb ich (in einer ersten Fassung meines *Vanity Fair*-Artikels):

Wenn wir die Leidenschaft der Massen auf den Straßen bestaunen, sollten wir uns selber fragen: Wann schwappt sie nach Amerika über? In wichtigen Punkten gleicht unser eigenes Land einem dieser weit entfernten Länder, in denen Aufruhr herrscht. Insbesondere insoweit, als ein kleiner Teil der Menschen an der Spitze – das reichste eine Prozent der Bevölkerung – fast alles im Würgegriff seiner Interessen hält.

Nur wenige Monate später flammten in den Vereinigten Staaten die ersten Proteste auf.

In diesem Buch versuche ich einen Aspekt dessen, was in den Vereinigten Staaten geschehen ist, auszuloten – wie wir zu einer Gesellschaft wurden, die sich durch ein hohes Maß an Ungleichheit und einen Rückgang der Chancen auf soziale Teilhabe auszeichnet, und welche Folgen dies wahrscheinlich haben wird.

Das Bild, das ich heute male, ist düster: Wir beginnen gerade erst zu ermessen, wie weit sich unser Land von unseren Zielen entfernt hat. Doch da ist auch eine hoffnungsvolle Botschaft. Es gibt alternative Ordnungsrahmen, mit deren Hilfe die Wirtschaft als Ganzes und, was am wichtigsten ist, die große Mehrzahl der Bürger bessere Ergebnisse erzielen können. Dabei geht es unter anderem um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Märkten und Staat, und für ein solches sprechen sowohl die moderne Wirtschaftstheorie als auch historische Befunde.¹⁴ Bei diesen alternativen Ordnungsrahmen zählt es auch zu den Aufgaben des Staates, Einkommen umzuverteilen, insbesondere wenn Marktprozesse zu grundverschiedenen Ergebnissen führen.

Umverteilungskritiker behaupten manchmal, die damit verbundenen Kosten wären zu hoch. Die negativen Anreize seien zu groß, und die Gewinne für die Armen und die Mittelschicht würden durch die Verluste an der Spitze mehr als wettgemacht. Die politische Rechte räumt zwar ein, dass wir so die Verhältnisse besser ausgleichen könnten, warnt aber, wir würden dafür einen hohen Preis bezahlen müssen: gedrosseltes Wachstum und Einbußen bei dem BIP, dem Bruttoinlandsprodukt. In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt (wie ich zeigen werde): Wir haben ein System, das Überstunden gemacht hat, um Geld von unten und von der Mitte nach oben zu verteilen, aber das System ist so ineffizient, dass die Gewinne an der Spitze viel geringer ausfallen als die Verluste für die Mittel- und die Unterschicht. Tatsächlich zahlen wir für unsere wachsende und übergroße Ungleichheit einen hohen Preis: Neben Defiziten in puncto Wachstum und BIP haben wir es mit wachsender Instabilität, einer Schwächung der Demokratie, dem Gefühl, dass Fairness und Gerechtigkeit keine große Rolle mehr spielen, und sogar der Infragestellung unserer nationalen Identität zu tun.

Eine Warnung

Lassen Sie mich einleitend noch auf einige andere Punkte hinweisen. Ich verwende den Ausdruck »ein Prozent« oftmals recht frei, um die ökonomische und politische Macht der Menschen an der Spitze der Vermögenspyramide zu beschreiben. In einigen Fällen meine ich damit eine viel kleinere Gruppe – das oberste Zehntel des einen Prozents; in anderen Fällen, etwa wenn es um den Zugang zu elitären Bildungseinrichtungen geht, ist die Gruppe etwas größer und umfasst vielleicht die oberen fünf oder zehn Prozent.

Einige Leser mögen den Eindruck gewinnen, dass ich zu viel über Banker und Vorstandschefs spreche, vor allem da die Probleme der Ungleichheit in den USA (wie ich zeigen werde) schon länger bestehen. Doch diese Gruppen sind nicht nur die Prügelknaben der öffentlichen Meinung geworden. Sie verkörpern vielmehr all das, was schief läuft. Ein Großteil der Ungleichheit zwischen »oben und unten« ist mit dem Verhalten von Topmanagern in der Finanzbranche und in anderen Großunternehmen verbunden. Aber es geht um mehr: Diese Führungskräfte haben unsere Ansichten über eine gute Wirtschaftspolitik maßgeblich geprägt, und nur und erst dann, wenn wir verstehen, was an diesen Ansichten falsch ist – und dass sie in einem allzu großen Ausmaß *ihre* Interessen befördern, und zwar auf Kosten der Allgemeinheit –, können wir eine neue Politik formulieren, mit dem Ziel, eine gerechtere, effizientere und dynamischere Wirtschaft zu schaffen.

In einem populärwissenschaftlichen Buch wie diesem sind Verallgemeinerungen, wie sie in einem streng wissenschaftlichen Werk, das gespickt wäre mit Einschränkungen und Fußnoten, nicht angebracht wären, unvermeidlich. Dafür möchte ich im Vorhinein um Verzeihung bitten und verweise den Leser auf einige der Fachpublikationen, die ich in den Anmerkungen anführe. Und ich sollte auch betonen, dass ich stark vereinfache, wenn ich »die Banker« geißele: Sehr viele Bankiers, die ich kenne, würden meinen Ausführungen in weiten Teilen zustimmen. Einige kämpften gegen die missbräuchlichen Praktiken und die unethische – ausbeuterische – Kreditvergabe. Einige wollten die übermäßige Risikobereitschaft der Banken zügeln. Einige waren der Meinung, die Banken sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Etliche Banken taten dies auch. Aber die wichtigsten Entscheidungsträger haben dies

ganz offensichtlich nicht getan: Sowohl vor der Krise als auch danach verhielten sich die größten und einflussreichsten Finanzinstitute in einer Weise, die man zu Recht kritisieren kann, und jemand muss die Verantwortung dafür übernehmen. Wenn ich »die Banker« tadele, dann meine ich *diejenigen*, die den Entschluss fassten, sich bewusst betrügerischer und unethischer Praktiken zu bedienen, und die innerhalb der Institute eine Kultur schufen, die dies erleichterte.

Intellektuelle Schulden

Ein Buch wie dieses stützt sich auf die theoretischen und empirischen Arbeiten Hunderter Forscher. Es ist nicht leicht, die Daten zusammenzutragen, die beschreiben, wie sich die Ungleichheit entwickelt, oder eine kausale Interpretation der Vorgänge zu liefern. Weshalb werden die Reichen so viel reicher? Warum wird die Mittelschicht ausgehöhlt, und weshalb wächst die Zahl der Armen? Auch wenn die Anmerkungen in den nachfolgenden Kapiteln eine Reihe von Danksagungen enthalten, wäre es nachlässig, wenn ich nicht die akribische Arbeit von Emmanuel Saez und Thomas Piketty oder das sich über mehr als vierzig Jahre erstreckende Werk eines meiner frühen Mitautoren, Sir Anthony B. Atkinson, erwähnte.

Weil die enge Verknüpfung zwischen Politik und Wirtschaft ein zentrales Element meiner Argumentation ist, muss ich über die Wirtschaftswissenschaften im engeren Sinne hinausgehen. Mein Kollege am Roosevelt Institute, Thomas Ferguson, gehörte mit seinem 1995 erschienenen Buch »Golden Rule: The Investment Theory of Party Competition and the Logic of Money-Driven Political Systems« zu den Ersten, die sich mit wissenschaftlicher Strenge der grundlegenden Frage zuwandten, warum in Demokratien, in denen die Stimme jedes Bürgers gleich viel zählt, Geld offenbar eine so große Rolle spielt.

Der Zusammenhang zwischen Politik und Ungleichheit ist, wie nicht weiter überraschend, zu einem Schwerpunkt vieler neuerer Publikationen geworden. In einem gewissen Sinne macht dieses Buch dort weiter, wo das vorzügliche Werk von Jacob S. Hacker und Paul Pierson, »Winner-Take-All Politics: How Washington Made the Rich Richer — And Turned Its Back on the Middle Class«,¹⁵ aufhört. Die beiden Auto-

ren sind Politikwissenschaftler. Ich bin Volkswirt. Wir alle schlagen uns mit der Frage herum, wie das hohe – und wachsende – Maß an Ungleichheit in den Vereinigten Staaten erklärt werden kann. Ich frage mich: Wie lässt sich das, was geschieht, mit der herrschenden volkswirtschaftlichen Theorie in Einklang bringen? Und obwohl wir die Frage durch die Linse zweier verschiedener Disziplinen betrachten, gelangen wir zu derselben Antwort: »It's the politics, stupid!« (Auf die Politik kommt es an, Dummkopf!), in leichter Abwandlung eines Wahlkampfslogans von Präsident Clinton. Kapital hat in der Politik – wie im Markt – Gewicht. Dass dem so ist, ist seit Langem offensichtlich und Thema einer ganzen Reihe von Büchern, etwa von Lawrence Lessigs »Republic, Lost: How Money Corrupts Congress – And a Plan to Stop It«. ¹⁶ Auch dass die wachsende Ungleichheit erhebliche Auswirkungen auf unsere Demokratie hat, wird beispielsweise von Larry Bartels in »Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age« ¹⁷ und von Nolan McCarthy, Keith T. Pode und Howard Rosenthal in »Polarized America: The Dance of Ideology and Unequal Riches« verdeutlicht. ¹⁸ Aber warum Geld in einer Demokratie, in der die Stimme jedes Bürgers doch gleich viel Gewicht haben sollte – und in der die meisten Bürger schon definitionsgemäß nicht zu dem einen Prozent gehören – so viel Macht besitzt, ist ein Rätsel geblieben, das ich in diesem Buch, wie ich hoffe, zumindest teilweise aufklären werde. ¹⁹ Vor allem aber versuche ich die enge Verzahnung zwischen Wirtschaft und Politik zu beleuchten. Während es unverkennbar geworden ist, dass diese wachsende Ungleichheit schlecht für unser Gemeinwesen ist (was die gerade erwähnten Bücher hinreichend veranschaulichen), werde ich darlegen, dass die Ungleichheit auch unserer Wirtschaft schadet.

Einige persönliche Bemerkungen

Ich kehre mit diesem Buch zu einem Thema zurück, das mich vor fünfzig Jahren dazu veranlasste, Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Ich hatte mich am Amherst College zunächst für Physik eingeschrieben. Ich liebte die Eleganz der mathematischen Theorien, die unsere Welt beschreiben. Doch mit dem Herzen war ich bei anderen Dingen, bei den gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungen der damaligen Zeit,

der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten und dem Kampf für Entwicklung und gegen Kolonialismus in den Weltgegenden, die damals »Dritte Welt« genannt wurden. Diese Sehnsucht wurzelte zum Teil in den Erfahrungen, die ich während meiner Kindheit im industriellen Kerngebiet Amerikas in Gary, Indiana, gemacht hatte. Dort hatte ich Ungleichheit, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und Rezessionen mit eigenen Augen gesehen. Als zehnjähriger Junge fragte ich mich, weshalb die freundliche Frau, die sich den größten Teil des Tages um mich kümmerte, in diesem scheinbar so wohlhabenden Land nach der sechsten Klasse von der Schule abgegangen war, und wunderte mich, dass sie sich um mich kümmerte und nicht um ihre eigenen Kinder. In einem Zeitalter, in dem die meisten Amerikaner in den Wirtschaftswissenschaften die Wissenschaft vom Geld sahen, war es für jemanden wie mich eher ungewöhnlich, sich für ein solches Studium zu entscheiden. Meine Familie war politisch aktiv, und man sagte mir, Geld sei nicht wichtig; man könne sich mit Geld kein Glück kaufen, wichtig seien vielmehr der Dienst am Nächsten und das geistige Leben. Doch als ich in den Wirren der sechziger Jahre in Amherst mit neuen Ideen in Kontakt kam, erkannte ich, dass die Wirtschaftswissenschaften sich keineswegs im Studium des Geldes erschöpften; tatsächlich stellten sie die Instrumente bereit, mit denen sich die fundamentalen Ursachen von Ungleichheit erforschen ließen – etwas, was meiner Neigung zu mathematischen Theorien sehr entgegenkam.

Hauptgegenstand meiner Doktorarbeit am Massachusetts Institute of Technology (MIT) war Ungleichheit, ihre Entwicklung über die Zeit und ihre Folgen für makroökonomisches Verhalten und insbesondere Wachstum. Ich griff einige Standardannahmen (des sogenannten neoklassischen Modells) heraus und wies nach, dass Individuen nach diesen Annahmen zur Gleichheit tendieren sollten.²⁰ Es war klar, dass irgend etwas am Standardmodell nicht stimmen konnte, so wie es für mich, der in Gary aufgewachsen war, ohnehin klar war, dass mit einem Standardmodell, das behauptete, die Wirtschaft sei effizient und es gebe keine Arbeitslosigkeit oder Diskriminierung, etwas nicht stimmen konnte. Es war die Erkenntnis, dass das Standardmodell die Welt, in der wir lebten, nicht zutreffend beschrieb, die mich zur Suche nach alternativen Modellen veranlasste, bei denen Marktunvollkommenheiten und insbesondere Fälle unvollständiger Information sowie »Irrationalitäten« eine wichtige

Rolle spielen sollten.²¹ In dem Maße, wie diese Ideen entwickelt wurden und in einigen Kreisen der Ökonomenzunft Verbreitung fanden, hat sich ironischerweise die entgegengesetzte Auffassung – wonach Märkte gut funktionieren beziehungsweise dies täten, wenn sich der Staat nur heraushielte – im öffentlichen Diskurs weitgehend durchgesetzt. Dieses Buch ist wie etliche seiner Vorgänger ein Versuch, die Dinge richtigzustellen.

KAPITEL 1

Amerikas Ein-Prozent-Problem

Nach der Finanzkrise 2007/8 und der Großen Rezession im Anschluss fanden sich sehr viele Amerikaner in dem Treibgut wieder, das über Bord gegangen war, als eine zunehmend dysfunktionale Form des Kapitalismus auf Grund lief. Fünf Jahre später kann einer von sechs Amerikanern, die sich eine Vollzeitstelle wünschen, noch immer keine finden; etwa acht Millionen Familien mussten ihre Eigenheime verlassen, und Millionen weitere rechnen damit, dass ihnen in nicht allzu ferner Zukunft Zwangsvollstreckungsbescheide ins Haus flattern;¹ noch mehr sahen mit an, wie sich die Ersparnisse eines ganzen Lebens scheinbar in Luft auflösten. Selbst wenn die ersten Anzeichen eines Aufschwungs, die Optimisten immer wieder sehen, tatsächlich die Vorbote einer echten Erholung wären, würde die Wirtschaft frühestens 2018 wieder zur Vollbeschäftigung zurückkehren. Doch 2012 haben viele die Hoffnung bereits aufgegeben: Wer 2008 oder 2009 arbeitslos wurde, hat seine Ersparnisse aufgebraucht. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist ausgeschöpft. Menschen in mittleren Jahren, die ehemals fest davon überzeugt waren, umgehend wieder Arbeit zu finden, müssen erkennen, dass sie in Wahrheit zwangsverrentet worden sind. Junge Menschen, die mit Zehntausenden von Dollar Schulden vom College abgehen, können überhaupt keine Arbeit finden. Menschen, die zu Beginn der Krise noch bei Freunden und Verwandten unterkamen, sind mittlerweile obdachlos. Häuser, die während des Immobilienbooms gekauft wurden, sind noch immer auf dem Markt oder wurden mit Verlust verkauft; viele stehen leer. Endlich liegt das brüchige Fundament des Finanzbooms der zurückliegenden Dekade offen zutage.

Eine der dunkelsten Seiten der Marktwirtschaft, die ans Licht kam, ist die große und zunehmende Ungleichheit, die dafür sorgt, dass das soziale Gefüge Amerikas und die ökonomische Zukunftsfähigkeit des

Landes an den Rändern ausfransen: Die Reichen werden reicher, während die Übrigen unter Entbehrungen leiden, die einst mit dem amerikanischen Traum unvereinbar zu sein schienen. Die Tatsache, dass es in Amerika Reich und Arm gibt, war allgemein bekannt; und obwohl diese Ungleichheit nicht allein durch die Subprime-Krise – die US-Immobilienkrise, ausgelöst durch massive Ausfälle auf dem US-Markt für Hypothekendarlehen niedriger Bonität – und die anschließende Rezession verursacht wurde, sondern sich über einen Zeitraum von dreißig Jahren stetig aufbaute, hatte die Krise die Situation so verschlimmert, dass man das Gefälle nicht länger ignorieren konnte. Die Mittelschicht geriet durch Entwicklungen, mit denen wir uns in diesem Kapitel noch genauer befassen werden, immer stärker unter Druck; die Not der sozial Schwachen war mit Händen zu greifen, als die Löcher im sozialen Sicherungsnetz der USA offensichtlich wurden und öffentliche Unterstützungsprogramme, die bestenfalls unzulänglich waren, weiter zusammengestrichen wurden; dem oberen einen Prozent gelang es dagegen, einen großen Batzen des Volkseinkommens – ein Fünftel – zu behalten, auch wenn die Superreichen bei einigen Kapitalanlagen Verluste verzeichneten.²

Egal, wo man einen Schnitt durch die Einkommensverteilung macht, stellt man eine Zunahme der Ungleichheit fest; selbst innerhalb des obersten einen Prozents erhalten die obersten 0,1 Prozent von Einkommensbezieherern einen größeren Teil vom Geldkuchen. Im Jahr 2007, dem Jahr vor der Krise, verfügten die obersten 0,1 Prozent der amerikanischen Haushalte über ein 220 Mal höheres Einkommen als der *Durchschnitt* der unteren 90 Prozent.³ Das Vermögen war sogar noch ungleicher verteilt als das Einkommen, da dem wohlhabendsten einen Prozent mehr als ein Drittel des nationalen Gesamtvermögens gehörte.⁴ Daten über das Einkommensgefälle liefern nur eine Momentaufnahme einer Volkswirtschaft. Aber eben aus diesem Grund sind die Daten über das Vermögensgefälle so verstörend – denn diese Ungleichheit geht über die Schwankungen des Jahreseinkommens hinaus. Außerdem gibt das Vermögen zuverlässigere Aufschlüsse über Unterschiede im Zugang zu Ressourcen.

In Amerika haben sich die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen immer schneller auseinanderentwickelt. In den ersten Nachrezessionsjahren des neuen Jahrtausends (2002 bis 2007) eignete sich das oberste eine Prozent über 65 Prozent des Zuwachses beim Volksein-

kommen an.⁵ Dem obersten einen Prozent ging es blendend, den meisten Amerikanern aber immer schlechter.⁶

Wenn die Reichen reicher würden und die in der Mitte und am unteren Ende der Wohlstandsskala ebenfalls profitierten, dann würden wir, insbesondere wenn die Anstrengungen derer an der Spitze für das Fortkommen der Übrigen von entscheidender Bedeutung wären, die Erfolge der Begüterten feiern und wären dankbar für ihre Beiträge. Aber das ist nicht das, was geschieht. Angehörige der amerikanischen Mittelschicht haben vielmehr schon lange den Eindruck, immer schlechter wegzukommen, und sie haben Recht. In den dreißig Jahren vor Ausbruch der Krise ist ihr Einkommen weitgehend konstant geblieben.⁷ Tatsächlich stagniert das Einkommen eines typischen männlichen Vollzeitarbeiters seit weit mehr als dreißig Jahren.⁸

Die Krise verschlimmerte diese Ungleichheiten in vielfältiger Weise, nicht nur durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit, den Verlust des Eigenheims und stagnierende Löhne. Den Reichen drohten höhere Verluste bei ihrem Aktienvermögen, aber die Aktienmärkte erholten sich einigermaßen und relativ schnell.⁹ Tatsächlich sind die »Erholungsgewinne« seit der Rezession überwiegend den reichsten Amerikanern zugeflossen: Auf das oberste eine Prozent entfielen 93 Prozent des zusätzlichen Einkommens, das 2010 im Vergleich zum Jahr 2009 in den USA erwirtschaftet wurde.¹⁰ In der Unter- und der Mittelschicht steckt das Vermögen hauptsächlich im Eigenheim. Als die durchschnittlichen Immobilienpreise zwischen dem zweiten Quartal 2006 und Ende 2011 um mehr als ein Drittel fielen,¹¹ war dies für einen Großteil der Amerikaner – diejenigen, die hohe Hypothekendarlehen aufgenommen hatten – gleichbedeutend mit dem weitgehenden Verlust ihres Vermögens. Die Topmanager an der Spitze waren hingegen bemerkenswert erfolgreich bei der Verteidigung ihrer hohen Bezüge; nach einem leichten Rückgang im Jahr 2008 bewegte sich das Verhältnis der durchschnittlichen CEO-Jahresgesamtbezüge zum Jahreslohn eines typischen Arbeiters im Jahr 2010 mit 243 zu 1 wieder auf dem Vor-Krisen-Niveau.¹²

Überall auf der Welt gibt es erschreckende Beispiele dafür, was mit Gesellschaften geschieht, wenn sie das Niveau an Ungleichheit erreichen, auf das die Amerikaner zusteuern. Das ist kein schöner Anblick: Länder, in denen die Reichen in geschlossenen Wohnanlagen leben, wo sie von Scharen schlecht bezahlter Angestellter bedient werden; instabile politi-

sche Systeme, in denen Populisten den Massen ein besseres Leben versprechen, nur um sie zu enttäuschen. Vor allem aber fehlt es an Hoffnung. In diesen Ländern wissen die Mittellosen, dass ihre Chancen, der Armut zu entkommen – von einem Aufstieg an die Spitze ganz zu schweigen –, verschwindend gering sind. Das sollten wir *nicht* anstreben.

In diesem Kapitel lege ich das Ausmaß der Ungleichheit in den Vereinigten Staaten dar und wie es sich in vielfältiger Weise auf das Leben von Millionen von Amerikanern auswirkt. Ich gehe nicht nur darauf ein, wie wir zu einer immer tiefer gespaltenen Gesellschaft werden, sondern auch darauf, warum wir nicht länger wie ehemals das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind. Ich diskutiere die geringen sozialen Aufstiegschancen von Menschen, die in die Unterschicht geboren werden. Der hohe Grad an Ungleichheit und der Mangel an Chancen, den wir heute in den Vereinigten Staaten beobachten, sind weder unvermeidlich, noch ist ihr jüngster Anstieg, wie wir sehen werden, schlicht das Produkt unerbittlicher Marktkräfte. In späteren Kapiteln werde ich die Ursachen dieser hohen und wachsenden Ungleichheit, die Kosten für unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und unsere Wirtschaft sowie mögliche Gegenmaßnahmen beschreiben.

Die steigende Flut macht nicht alle Boote flott

Obwohl die Vereinigten Staaten von jeher ein kapitalistisches Land gewesen sind, ist unsere Ungleichheit – zumindest in ihrem gegenwärtigen Ausmaß – ein neues Phänomen. Vor etwa dreißig Jahren erhielt das oberste eine Prozent der Einkommensbezieher *nur* 12 Prozent des nationalen Einkommens.¹³ Schon das hätte nicht hingenommen werden dürfen; aber seither hat die Disparität so drastisch zugenommen,¹⁴ dass das Durchschnittseinkommen des obersten einen Prozents nach Steuern bis 2007 1,3 Millionen Dollar erreichte, während das der unteren 20 Prozent nur 17 800 Dollar betrug.¹⁵ Das oberste eine Prozent bekam in einer Woche 40 Prozent mehr als das untere Fünftel in einem Jahr; die obersten 0,1 Prozent erhielten in anderthalb Tagen etwa das, was die unteren 90 Prozent in einem Jahr an Einkommen erwirtschafteten; und die reichsten 20 Prozent der Einkommensbezieher verdienen insgesamt *nach Steuern* mehr als die unteren 80 Prozent zusammengenommen.¹⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs Amerika dreißig Jahre lang zusammen – das Einkommen stieg in allen Segmenten, aber in den unteren Gruppen stärker als an der Spitze. Die Kriegserfahrung erzeugte ein Wir-Gefühl, das in politische Maßnahmen wie etwa das GI-Gesetz* mündete, die die Menschen noch enger zusammenrücken ließen.

Aber in den letzten dreißig Jahren hat sich die Spaltung unserer Gesellschaft vertieft; nicht genug damit, dass die Einkommen an der Spitze am schnellsten gewachsen sind, in der Unterschicht sind sie sogar zurückgegangen. (Das war kein durchgängiges Muster – in den neunziger Jahren ging es den Angehörigen der Unter- und Mittelschicht eine Zeitlang besser. Aber ungefähr seit dem Jahr 2000 verschärft sich die Ungleichheit rasant.)

Ein ähnlich besorgniserregendes Ausmaß wie heute hatte die Ungleichverteilung in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre erreicht. Die ökonomische Instabilität war damals wie heute eng mit dieser zunehmenden Ungleichheit verbunden, wie ich in Kapitel 4 darlegen werde. In den Kapiteln 2 und 3 befasse ich mich genauer mit der Frage, wie sich diese Muster, die »Ebbe« und »Flut« an Ungleichheit, erklären lassen. Einstweilen wollen wir lediglich festhalten, dass die deutliche Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen 1950 und 1970 zum Teil auf Entwicklungen an den Märkten, entscheidender aber auf politische Maßnahmen zurückzuführen war, etwa auf den erleichterten Zugang zur Hochschulbildung durch das GI-Gesetz und auf das stark progressive Steuersystem, das während des Zweiten Weltkrieges eingeführt worden war.

In den Jahren nach der »Reaganschen Revolution« dagegen vergrößerte sich die Kluft zwischen den Markteinkommen, und ironischerweise wurden gleichzeitig staatliche Initiativen, die ungerechte Ergebnisse des Marktes teilweise kompensieren sollten, zurückgefahren, Spitzensteuersätze gesenkt und soziale Hilfsprogramme abgebaut.

Natürlich üben Marktkräfte – die Gesetze von Angebot und Nachfrage – zwangsläufig einen gewissen Einfluss auf den Grad an ökonomischer Ungleichheit aus. Aber diese Kräfte wirken auch in anderen fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Schon vor dem drastischen

* 1944 erlassenes Gesetz zur Förderung der beruflichen Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten; A.d.Ü.

Auseinanderdriften der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, welches das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts kennzeichnet, waren das Maß an Ungleichheit in den Vereinigten Staaten höher und die Einkommensmobilität geringer als in fast allen europäischen Ländern sowie in Australien und Kanada.

Ungleichheitstrends lassen sich allerdings umkehren. In einigen Ländern ist dies gelungen. Brasilien war eines der Länder, in denen im weltweiten Vergleich drastische Ungleichheit herrschte – aber in den neunziger Jahren erkannte die Regierung die Gefahren, die damit im Hinblick auf soziale und politische Polarisierung sowie auf das langfristige Wirtschaftswachstum verbunden sind. Die Einsicht mündete in einen gesamtgesellschaftlichen politischen Konsens, dass etwas geschehen müsse. Unter Präsident Enrique Cardoso wurden die Bildungsausgaben, auch zugunsten der Armen, massiv erhöht, unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva Sozialprogramme zur Bekämpfung von Hunger und Armut aufgelegt.¹⁷ Die Ungleichheit ging zurück, das Wachstum erhöhte sich,¹⁸ und die Gesellschaft wurde stabiler. Das Maß an Ungleichheit in Brasilien übertrifft noch immer das in den Vereinigten Staaten, aber während sich Brasilien recht erfolgreich darum bemühte, die Not der Armen zu lindern und das Gefälle zwischen Reich und Arm zu verringern, hat Amerika es zugelassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer mehr öffnet und die Armut zunimmt.

Schlimmer noch: Die Politik hatte daran erheblichen Anteil. Wenn wir diese Trends umkehren wollen, müssen wir zum einen einige der politischen Maßnahmen rückgängig machen, die dazu beigetragen haben, dass Amerika das ökonomisch am tiefsten gespaltene Industrieland ist, und zum anderen Initiativen ergreifen, um jene Disparitäten zu schmälern, welche die Marktkräfte von sich aus hervorbringen. Einige Verteidiger des gegenwärtigen Zustands behaupten, dass Ungleichheit zwar nicht unvermeidlich sei, es aber zu kostspielig wäre, etwas dagegen zu unternehmen. Sie glauben, dass ein hohes Maß an Ungleichheit eine unabdingbare, ja sogar notwendige ökonomische Voraussetzung dafür ist, dass der Kapitalismus seine Wunder bewirken kann. Schließlich sollen diejenigen, die hart arbeiten, doch belohnt werden, und das müsse auch so sein, wenn sie den Einsatz bringen und die Investitionen tätigen sollen, von denen alle profitieren. Ein gewisser Grad an Ungleichheit ist tatsächlich unvermeidlich. Einige Menschen arbeiten härter und länger

als andere, und jedes gut funktionierende Wirtschaftssystem muss sie für diese Anstrengungen belohnen. Aber wie ich in diesem Buch zeige, untergraben sowohl das Ausmaß an Ungleichheit im heutigen Amerika als auch die Art und Weise, wie es erzeugt wird, das Wachstum und beeinträchtigen die Effizienz. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der Ungleichheit in Amerika auf Marktverzerrungen beruht, da Anreize nicht darauf ausgerichtet sind, neues Vermögen zu schaffen, sondern darauf, es anderen wegzunehmen. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass unsere Wachstumsraten in Zeiten, in denen die Ungleichheit weniger ausgeprägt war und alle von den Früchten profitierten, höher waren.¹⁹ Das gilt sowohl für die Nachkriegsjahrzehnte als auch in jüngerer Vergangenheit, in den neunziger Jahren.²⁰

Sickerte etwas durch?

Verteidiger der Ungleichheit – und es gibt nicht wenige davon – behaupten im Gegenteil, dass *alle* profitierten, wenn man den Reichen mehr Geld gebe, unter anderem deshalb, weil dies zu mehr Wachstum führe. Der Reichtum sickere gleichsam von oben nach unten durch. Diese Auffassung wird daher *Trickle-down*-Theorie genannt. Sie hat eine lange Geschichte – und ist seit Langem diskreditiert. Wie wir gesehen haben, hat eine höhere Ungleichheit nicht mehr Wachstum erzeugt, und das Einkommen der meisten Amerikaner ist entweder gesunken oder gleich geblieben. Was Amerika in den letzten Jahren erlebte, ist genau das Gegenteil dessen, was die *Trickle-down*-Theorie behauptet: Die Vermögenszuwächse der Reichen gingen *auf Kosten* der Armen.²¹

Man kann das, was geschehen ist, an der Verteilung eines Kuchens veranschaulichen. Wenn der Kuchen in gleiche Teile aufgeteilt würde, bekäme jeder ein gleich großes Stück; das heißt, dass das obere eine Prozent auch ein Prozent des Kuchens bekäme. In Wirklichkeit aber bekommen sie ein sehr großes Stück, etwa ein Fünftel des gesamten Kuchens. Und das bedeutet, dass alle anderen ein kleineres Stück bekommen.

Diejenigen, die an die *Trickle-down*-Theorie glauben, nennen dies abfällig »Sozialneid«. Man solle nicht die relative Größe der Stücke betrachten, sondern die absolute. Wenn man den Reichen mehr gebe,

werde der Kuchen insgesamt größer, so dass die Armen und die Mittelschicht zwar einen kleineren *Anteil* vom Kuchen erhielten, aber dennoch ein größeres Stück als zuvor. Ich wünschte, dem wäre so. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Wie schon erwähnt, sank das Wachstum in der Phase zunehmender Ungleichheit – und das Kuchenstück der meisten Amerikaner ist geschrumpft.²²

Vergleichsweise gering qualifizierte junge Männer (im Alter zwischen 25 und 34 Jahren) haben es besonders schwer; das Realeinkommen derer, die nur einen Highschool-Abschluss in der Tasche haben, ist in den letzten 25 Jahren um mehr als ein Viertel gesunken.²³ Aber selbst Haushaltsvorständen mit Bachelor- oder höherem Abschluss erging es nicht viel besser – ihr mittleres Einkommen sank (inflationbereinigt) in den Jahren 2000 bis 2010 um ein Zehntel.²⁴

Wir werden später zeigen, dass eine *Trickle-up*-Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu einer *Trickle-down*-Politik durchaus den gewünschten Erfolg haben mag: Alle – auch die Reichen – könnten davon profitieren, dass die Menschen am Fuß und in der Mitte der Einkommenspyramide mehr bekommen.

Ungleichheit in Amerika: eine Momentaufnahme

Die Situation in den USA lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Reichen werden reicher, die Reichsten der Reichen werden noch reicher,²⁵ die Armen werden ärmer, und ihre Zahl wächst, die Mittelschicht wird ausgehöhlt. Die Einkommen der Mittelschicht stagnieren oder sinken, und der Abstand zu den wirklich Reichen wächst.

Disparitäten im Haushaltseinkommen hängen mit Disparitäten sowohl bei den Löhnen als auch bei den Vermögen und Kapitaleinkünften zusammen. In beiden Hinsichten nimmt die Ungleichheit zu.²⁶ So wie die Ungleichheit insgesamt zunimmt, so haben sich auch die Disparitäten bei Löhnen und Gehältern verschärft. Während beispielsweise die Löhne der Geringverdiener (in den unteren 90 Prozent) im Verlauf der letzten dreißig Jahre in den USA nur um etwa 15 Prozent gestiegen sind, haben sich die Einkommen im oberen einen Prozent um fast 150 Prozent und in den obersten 0,1 Prozent um über 300 Prozent vervielfacht.²⁷

Die Veränderungen bei den Vermögenssituationen sind noch dramatischer. In den 25 Jahren vor Ausbruch der Krise wuchs zwar das Vermögen der gesamten Bevölkerung, aber das der Reichen wuchs schneller. Da das Vermögen der Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen zu einem Großteil auf dem Marktwert ihrer Immobilien beruhte, handelte es sich letztlich um »Scheinvermögen«, das auf den spekulativ aufgeblähten Immobilienpreisen basierte. Und obwohl in der Krise alle Verluste erlitten, erholten sich die Reichen rasch wieder, während dies bei den Haushalten mit geringem oder mittlerem Einkommen nicht der Fall war. Selbst als die Aktienkurse in der Großen Rezession einbrachen und die Reichen einen Teil ihres Vermögens verloren, belief sich das Vermögen des reichsten einen Prozents der Haushalte noch immer auf das 225-Fache des Vermögens des Durchschnittsamerikaners – im Jahr 1962 oder 1983 betrug das Verhältnis knapp die Hälfte.²⁸

In Anbetracht des Vermögensgefälles ist es nicht weiter verwunderlich, dass diejenigen an der Spitze auch den Löwenanteil der Kapitaleinkünfte kassierten – vor der Krise, im Jahr 2007, flossen etwa 57 Prozent der Kapitaleinkünfte dem oberen einen Prozent zu.²⁹ Und es erstaunt ebenso wenig, dass das obere eine Prozent zwischen 1979 und 2007 einen noch höheren Anteil am *Zuwachs* der Kapitaleinkünfte – ungefähr sieben Achtel – erhielt, während bei den unteren 95 Prozent weniger als drei Prozent des Zuwachses ankamen.³⁰

Diese allgemeinen Zahlen sind zwar besorgniserregend, sie machen die gegenwärtigen Disparitäten aber vielleicht nicht hinlänglich deutlich. Ein besonders markantes Fallbeispiel für den Zustand der Ungleichheit in Amerika liefert die Familie Walton: Die sechs Erben des Wal-Mart-Imperiums verfügen über ein Vermögen von 69,7 Milliarden Dollar – das entspricht dem Gesamtvermögen der unteren 30 Prozent der US-amerikanischen Gesellschaft. Die Zahlen sind nur auf den ersten Blick überraschend, weil die Einkommensschwachen schlicht kaum Vermögen besitzen.³¹

Polarisierung

Amerika hat sich immer als ein Land der Mittelschicht verstanden. Niemand will sich für privilegiert halten, und niemand will seine Familie zu den Armen zählen. In den letzten Jahren wurde die amerikanische Mittelschicht jedoch regelrecht ausgeweidet, da die »guten« Mittelschicht-Arbeitsplätze – die »mittlere« berufliche Qualifikationen erfordern, etwa Stellen für Arbeiter in der Automobilindustrie – im Vergleich zu einfachen Stellen für Geringqualifizierte und anspruchsvollen Stellen für Hochqualifizierte anscheinend verschwanden. Volkswirte nennen dieses Phänomen »Polarisierung« der Erwerbsbevölkerung.³² In Kapitel 3 werde ich einige Theorien dazu diskutieren.

Das Angebot an »soliden« Arbeitsplätzen ging in den letzten 25 Jahren massiv zurück; entsprechend sanken die Löhne für diese Arbeitsplätze, und die Disparität zwischen den Gehältern an der Spitze und denjenigen in der Mitte nahm zu.³³ Die Polarisierung der Erwerbsbevölkerung hat zur Folge, dass mehr Geld nach oben fließt, während mehr Menschen nach unten absteigen.³⁴

Im Sog der Großen Rezession

Die ökonomische Kluft in Amerika ist mittlerweile so breit, dass sich das eine Prozent kaum noch vorstellen kann, unter welchen Verhältnissen die Menschen in einkommensschwachen und in zunehmendem Maße auch in Mittelschicht-Haushalten leben. Betrachten wir einen Moment lang einen Haushalt mit einem Alleinverdiener und zwei Kindern. Angenommen, der Verdiener ist bei guter Gesundheit und arbeitet volle 40 Stunden pro Woche (die durchschnittliche Wochenarbeitszeit amerikanischer Arbeitnehmer beträgt nur 34 Stunden),³⁵ zu einem Lohn, der geringfügig über dem Mindestlohn liegt: sagen wir rund 8,50 Dollar pro Stunde, so dass ihm nach Abzug des Beitrags zur staatlichen Rentenversicherung 8 Dollar pro Stunde bleiben; für seine 2080 Stunden (jährliche Arbeitszeit) erhält er somit 16 640 Dollar. Angenommen, er zahlt keine Einkommensteuer, aber sein Arbeitgeber zieht ihm monatlich 200 Dollar für die Krankenversicherung für seine ganze Familie ab und steuert den Rest zu den monatlichen Versicherungskosten von 550 Dollar bei.

Sein jährlicher Nettoverdienst beträgt dann 14 240 Dollar. Wenn er Glück hat, findet er eine Wohnung mit zwei Schlafzimmern für 700 Dollar (einschließlich Nebenkosten) pro Monat. Es bleiben ihm also 5840 Dollar für alle anderen Familienausgaben, die in einem Jahr anfallen. Wie für die meisten Amerikaner ist auch für ihn ein Auto ein Gut des täglichen Bedarfs; Versicherung, Kraftstoff, Instandhaltung und Abschreibung auf das Fahrzeug können leicht 3000 Dollar verschlingen. Der Familie bleiben somit 2840 Dollar – weniger als 3 Dollar pro Person pro Tag –, um Ausgaben für Grundgüter wie Nahrungsmittel und Bekleidung abzudecken, ganz zu schweigen von Dingen, die das Leben lebenswert machen, wie Unterhaltung. Es gibt keinerlei Puffer für den Fall, dass etwas Unvorhergesehenes geschieht.

Als Amerika in die Große Rezession rutschte, trat für unsere hypothetische Familie und für Millionen von Amerikanern im gesamten Land genau dieser Fall ein. Arbeitsplätze gingen verloren, ihre Häuser – ihr wichtigster Vermögenswert – verzeichneten dramatische Wertverluste, und als dann die Staatseinnahmen zurückgingen, wurden soziale Sicherungssysteme just dann gestutzt, als sie am dringendsten benötigt wurden.

Schon vor der Krise lebten die Armen in Amerika am Rand des Abgrunds; aber mit der Großen Rezession gilt dies in zunehmenden Maße auch für die Mittelschicht. Diese Krise hat jede Menge menschlicher Tragödien verursacht: Eine einzige versäumte Hypothekenrate endet im Verlust des Hauses; der Verlust der Wohnung endet in Arbeitslosigkeit und zerstörten Familien.³⁶ Diese Familien mögen einen Schock verkraften können, doch der zweite bricht ihnen das Genick. Da etwa fünfzig Millionen Amerikaner nicht krankenversichert sind, kann eine einzige Erkrankung die gesamte Familie an den Rand des Ruins treiben;³⁷ eine zweite Erkrankung, der Verlust eines Arbeitsplatzes oder ein Verkehrsunfall gibt ihnen dann womöglich den Rest. Tatsächlich haben neuere Studien gezeigt, dass die Krankheit eines Familienmitgliedes die mit Abstand wichtigste Ursache für Privatinsolvenzen ist.³⁸

Um zu sehen, inwiefern bereits geringfügige Veränderungen sozialer Sicherungsprogramme weitreichende Folgen für arme Familien haben können, wollen wir zu unserer Familie zurückkehren, die 2840 Dollar im Jahr ausgeben kann. Als die Rezession andauerte, kürzten viele US-Bundesstaaten ihre Zuschüsse zur Kinderbetreuung. Im Bundesstaat

Washington beispielsweise belaufen sich die durchschnittlichen monatlichen Kosten für die Betreuung zweier Kinder auf 1433 Dollar.³⁹ Wenn es kein staatliches Betreuungsgeld gibt, würden die Kosten also sofort die *Hälfte* dessen aufzehren, was die Familie an Geld übrig hat, so dass ihr für alles andere weniger als 1,30 Dollar pro Tag und Person blieben.

Ein Arbeitsmarkt ohne Sicherheitsnetz

Aber die Not derjenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und keine neue Stelle fanden, war sogar noch größer. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging zwischen November 2007 und November 2011 um 8,7 Millionen zurück,⁴⁰ dabei hätte in diesem Zeitraum die Erwerbsbevölkerung *normalerweise* um fast 7 Millionen Personen zugenommen. Das Arbeitsplatzdefizit ist also in Wirklichkeit um über 15 Millionen Stellen gestiegen. Millionen derer, die nach langwieriger Suche keine Stelle gefunden hatten, gaben die Stellensuche dauerhaft auf; junge Menschen beschlossen, weiterhin die Schul- oder Hochschulbank zu drücken, da die Beschäftigungsaussichten anscheinend selbst für College-Absolventen düster sind. Die »fehlenden« Erwerbsfähigen (die nicht länger nach Arbeit suchten) bedeuteten, dass die amtliche Arbeitslosenstatistik (die, Anfang 2012, eine Arbeitslosenquote von »nur« 8,3 Prozent auswies) ein allzu rosiges Bild der Lage am Arbeitsmarkt zeichnete.

Unsere Arbeitslosenversicherung, eine der knauserigsten aller Industrieländer, war der Aufgabe, Arbeitslose angemessen finanziell zu unterstützen, einfach nicht gewachsen.⁴¹ Normalerweise ist die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld auf sechs Monate begrenzt. Vor der Krise bedeutete ein dynamischer Arbeitsmarkt bei Vollbeschäftigung, dass, wer Arbeit suchte, innerhalb kurzer Zeit zumeist auch eine Stelle fand, selbst wenn sie nicht seinen Erwartungen oder Qualifikationen entsprach. In der Großen Rezession galt dies nicht mehr. Fast die Hälfte der Arbeitslosen waren Langzeitarbeitslose. Die Bezugsfrist für Arbeitslosengeld wurde zwar verlängert (in der Regel nach einer erbitterten Debatte im Kongress),⁴² aber auch nach Ablauf der verlängerten Anspruchsfrist werden noch immer Millionen Menschen arbeitslos sein.⁴³ Als die Rezession und der schwache Arbeitsmarkt auch 2010 andauerten, tauchte ein neues Segment unserer Gesellschaft auf, die »99er« – die

jenigen, die länger als 99 Wochen arbeitslos waren –, und diese gingen selbst in den großzügigsten Bundesstaaten und ungeachtet finanzieller Unterstützungsprogramme des Bundes leer aus. Sie suchten nach Arbeit, aber es gab einfach nicht genügend Arbeitsplätze. Auf jede Stelle kamen vier Arbeitssuchende.⁴⁴ Und in Anbetracht der Tatsache, dass viel politisches Kapital aufgewendet werden musste, um die Bezugsfrist für Arbeitslosengeld auf 52, 72 oder 99 Wochen zu verlängern, setzen sich nur wenige Politiker überhaupt für die 99er ein.⁴⁵

Eine Umfrage der *New York Times* zur Arbeitslosenversicherung brachte im Herbst 2011 das ganze Ausmaß der Unzulänglichkeiten ans Licht.⁴⁶ Nur 38 Prozent der Arbeitslosen bezogen damals Arbeitslosengeld, und etwa 44 Prozent hatten zu keinem Zeitpunkt Arbeitslosengeld erhalten. Von denjenigen, die Unterstützung bekamen, glaubten 70 Prozent, es sei sehr oder recht wahrscheinlich, dass die Leistungen eingestellt würden, ehe sie wieder Arbeit fänden. Drei Viertel derer, die Arbeitslosengeld bezogen, gaben an, dieses bleibe deutlich hinter ihrem früheren Einkommen zurück. Da ist es nicht weiter erstaunlich, dass über die Hälfte der Arbeitslosen infolge der Arbeitslosigkeit mit emotionalen oder gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hatte, sich aber keine Behandlung leisten konnte, da mehr als die Hälfte der Arbeitslosen nicht krankenversichert war. Viele der Arbeitslosen mittleren Alters hielten es für aussichtslos, jemals wieder eine Stelle zu finden. Für Arbeitslose über 45 Jahre näherte sich die *durchschnittliche* Dauer der Arbeitslosigkeit bereits einem Jahr.⁴⁷ Der einzige positive Aspekt bei der Umfrage war die optimistische Antwort, dass es, *insgesamt*, 70 Prozent für sehr oder einigermaßen wahrscheinlich hielten, dass sie in den nächsten zwölf Monaten wieder Arbeit finden würden. Immerhin: Der Optimismus der Amerikaner scheint ungebrochen zu sein.

Vor der Rezession ging es den Vereinigten Staaten wirtschaftlich anscheinend in mancher Hinsicht besser als anderen Ländern. Auch wenn die Löhne und Gehälter in der Mittelschicht nicht gestiegen sein mochten, so konnte doch zumindest jeder, der Arbeit suchte, welche finden. Dies war der viel gerühmte Vorteil »flexibler Arbeitsmärkte«. Aber die Krise zeigte, dass sich sogar dieser Vorteil zu verflüchtigen schien, als sich die US-Arbeitsmärkte mit ihrer nicht nur hohen, sondern wachsenden Langzeitarbeitslosigkeit immer stärker ihren europäischen Pendanten anglich. Die Jungen sind frustriert; ich vermute allerdings, dass sie